690

Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Du hast noch keinen neuen Abonnenten geworben! Dann ist es aber höchste Zeit dazu!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale [illegible]

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund [illegible] Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Junge [illegible]

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile [illegible] [illegible] | Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.50 RM (inklus. [illegible]), durch die Post 2.50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. [illegible] | [illegible]

7. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 18. April 1931 — Nummer 67

Antwort der Massen an Brüning, Schieck und Severing

Bauarbeiter Laubegast' am 1. Mai mit KPD

Spontane Arbeiter-Demonstrationen in Berlin

Thüringer SPD für Rechtsdiktatur / SPD-Arbeitern in Sachsen Propaganda gegen Nazis verboten

In einer am 17. April stattgefundenen Baustellenversammlung nahmen die Arbeiter der Baustellen von Laubegast zur Streiklage Stellung. Nach lebhafter Diskussion, in der die Maßnahmen der RGO Zustimmung fanden, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die im Kampf stehenden Kollegen der Baufirmen Eimert, Kost, Duckerhoff & Widmann, Menichner und Steck protestieren aufs schärfste gegen die Maßnahmen der Brüning- u. Schieck-Regierung, gegen Notverordnung und Artikel 48. Die Durchführung dieser Gesetze bedeutet einen weiteren Schritt zur Faschisierung und wirkt als Mittel zur Durchführung der verschärften Ausplünderung und Knebelung der breiten Massen der Arbeiter, des Rentnerabbaues, Unterstützungsraubes (Millionenraub in Dresden), der Lohnsenkung, der Zerschlagung der revolutionären Organisationen, um die Kampfkraft der Arbeiterschaft zu lähmen.

Deshalb schärfsten Kampf in Einheitsfront unter Führung der RGO und KPD!

Die kämpfenden Bauarbeiter sind gewillt, ihren Kampf bis zum Sieg durchzuführen. Dazu ist notwendig, die Aktivisierung aller im Bau beschäftigten Arbeiter. Die anwesenden Kollegen erklären sich bereit, alles daran zu setzen, um dieses Ziel zu erreichen. Sie geloben weiter,

am 1. Mai, dem Weltkampftag der Arbeiterklasse, geschlossen mit der RGO und der KPD zu demonstrieren und fordern die gesamte Bauarbeiterschaft auf, sich ebenfalls diesen Beschluß zu eigen zu machen!“

Berlin, 18. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Rote Fahne meldet: Am gestrigen Freitag, an dem der von Grzesinski verbotene kommunistische Massenaufmarsch gegen das faschistische Volksbegehren stattfinden sollte, kam es in allen Stadtteilen zu spontanen Kundgebungen der Berliner Arbeiter. Im Wedding formierte sich an der Brunnen-, Ecke Invalidenstraße ein wuchtiger Demonstrationszug, an dem etwa 1000 Demonstranten teilnahmen. In der rechten Hand den Revolver, in der linken Hand den Gummiknüppel, so stürzte die Schupo auf die Demonstranten und Passanten ein. Schüsse fielen. Ein Arbeiter wurde am Fuß verletzt. Am Bahnhof Gesundbrunnen und in der Prinzen-Allee kam es zu großen Kundgebungen. Auch in der Müllerstraße demonstrierten hunderte Arbeiter. In Neukölln demonstrierten 500 bis 600 Arbeiter. Erst als der Zug aufgelöst war, erschien die Polizei. Als die Polizei abfuhr, um an anderen „Kampfgebieten“ ihr Glück in ihrer Arbeit zu versuchen, bildete sich ein neuer Demonstrationszug von etwa 300 Teilnehmern. Auch diesmal kam die Polizei zu spät. In Moabit sammelten sich etwa 800 Arbeiter. Mit dem Gesang der Internationale marschierten sie durch die Straßen. Polizei raste herbei. 5 Schüsse fielen. Die empörten Passanten und Demonstranten brachen in Niederrufe gegen die Notverordnung und die Regierung aus. Im Osten marschierten unter flatternden roten Fahnen etwa 1000 Arbeiter. Nach einer Ansprache löste sich der Zug später auf. Die kurz darauf erschienene Polizei konnte angesichts der großen Menge nur mit Mühe die Straßen räumen. In der Bülowstraße sammelten sich 300 Arbeiter und marschierten diszipliniert durch die Straßen der Bourgeoisie. Erst hier wurden sie brutal von der Polizei auseinandergejagt. Auch in Oberschöneweide bildete sich in den Abendstunden ein Demonstrationszug, an dem 300 Arbeiter teilnahmen. Die Polizei kam, als der Zug bereits aufgelöst war.

*

Die Selbstentlarvung der SPD als Hilfstruppe der schlimmsten Reaktionäre, hat ein neues Resultat gezeitigt. Triumphierend melden die schwarzweißroten Leipziger Neuesten Nachrichten, daß in den nächsten Tagen in Thüringen eine neue Rechtsregierung aus Landvolk, Wirtschaftspartei und Volkspartei bei stiller Teilhaberschaft der SPD, gebildet werden wird.

Am kommenden Mittwoch wird diese Rechtsregierung, die sich aus denselben Leuten zusammensetzt, die bis zum letzten Augenblick mit Frick durch dick und dünn gingen, dem Landtag vorgestellt. Die SPD hat nach dem ungeheuerlichen antikommunistischen Erlaß der Regierung sich bereit erklärt, durch Stimmenthaltung die Wahl dieser Regierung zu ermöglichen.

Damit beweisen die SPD-Führer ganz eindeutig, daß sie den Erlaß gegen die KPD selbst mit vorbereitet und verlangt haben, um ihre verbrecherische Politik nicht durch die Kommunisten vor den Massen entlarven zu lassen. Kann es noch einen Zweifel darüber geben, daß die SPD-Führer und die gesamte Politik Wegbereiter für die schlimmste faschistische Unterdrückung der Arbeiterbewegung sind?

*

Die Praxis der faschistischen Diktaturverordnung, deren rein arbeiterfeindlichen Charakter wir sofort aufdeckten, beginnt sich nunmehr auch dort gegen die SPD-Gruppen zu wenden, wo der Wille zur Einheitsfront mit den Kommunisten unter den SPD-Arbeitern besonders stark ist. Das Beispiel des Flugblattverbotes in Krimmitschau ist noch in aller Erinnerung, da erfährt man, daß in Plauen i. Vgtl. den SPD-Arbeitern die Verbreitung eines Flugblattes zu einer öffentlichen Versammlung gegen die Nazis verboten wurde, weil es die Ueberschrift trägt: „Fort mit dem Nazispuk!“ Es handelt sich also um eine offene Inschutznahme der Nazis auf Grund derselben Verordnung, von der Herr Severing erklärt, er sei stolz darauf, sie mitgeschaffen zu haben. Die Plauener SPD-Zeitung erklärt hierzu:

„Der neue Belagerungszustand über Deutschland. Die Notverordnung zum Schutze der Nazis. Und das alles wird gemacht unter der Devise „Zum Schutze der Demokratie!“ Wer lacht da nicht?“

Wer da nicht lacht? Die Arbeiter lachen nicht. Die Nazis lachen, sie kennen ihre Republik! Die Arbeiter aber ballen die Fäuste im Gelöbnis, in einheitlicher roter Front, dem Nazispuk wirklich ein Ende zu bereiten durch verschärfte revolutionäre Massenarbeit gegen die faschistische Diktatur, deren Helfershelferin, die SPD und ihre Politik ist. Die ehrlichen, kampfgewillten SPD-Arbeiter werden durch die Praxis ihrer rechten und „linken“ Führer erkennen, daß dieser Weg des einheitlichen Kampfes der Arbeiterklasse nur beschritten werden kann durch endgültigen Bruch mit der staatstreuen Panzerkreuzer-SPD und durch Einreihen in die rote Einheitsfront unter Führung der einzigen antifaschistischen Arbeiterpartei, der KPD!

Immer neue Baustreiks!

Dresden, 18. April.

33 Bauarbeiter am Hygienischen Institut in Dresden beschlossen heute früh einstimmig in den Streik zu treten. Die Bürokratie hatte sich nicht sehen lassen. Ein Kollege der RGO sprach zu den Bauarbeitern, die gewillt sind, trotz der reformistischen Sabotage die Lohnräuber niederzustreiken.

457 Hamburger Bauarbeiter traten der RGO bei und an 2 weiteren Bauten wurde die Arbeit eingestellt.

In Löbau wurde einstimmig Durchführung des Streiks beschlossen, die Reformisten sabotieren jedoch den Mitgliederbeschluß. In Mitteldeutschland erfolgten weitere Stillegungen der Bauten und gegen die Maßregelung von revolutionären Bauarbeitern traten Berliner Bauarbeiter in den Streik. Die Verschärfung des Streiks kommt heute zum Ausdruck, daß die Reformisten gegen den heftigsten Widerstand der Arbeiter Abwürgungsversuche machen.

Unter Führung der RGO wird der Bauarbeiterkampf mit Unterstützung der übrigen Arbeiter siegreich sein. Heute und morgen wird gekämpft.

Roter Erfolg bei Thode

Die Betriebsrätewahlen in der Thodeschen Papierfabrik Hainsberg brachten der roten Gewerkschaftsliste einen Erfolg:

Reformisten	161	(180)
Rote Liste	141	(125)

Die Sitze verteilen sich: Arbeiterrat: 4 Reformisten, 3 revolutionäre Vertreter; im Betriebsrat 4 rote, 3 reformistische Betriebsräte. Dieser Erfolg ist um so höher zu bewerten, als im Vorjahre mehrere rote Vertrauensleute entlassen worden sind.

Auch der Bauer rebelliert

Gehöft angezündet, um Zwangsversteigerung zu verhindern / Zusammenstöße

Frankfurt a. M., 18. April. (Eig. Drahtmeldung.)

In Unna (Westerwald) sollten 2 Bauernanwesen zwangsversteigert werden. Wenige Stunden, bevor die Versteigerung erfolgen sollte, brach in beiden Gebäuden Feuer aus. Die arbeitende Bevölkerung verweigerte, um die Zwangsversteigerungen zu verhindern, die Löscharbeiten, so daß der Landrat Motorspritzen von auswärts kommen ließ. Inzwischen hatten sich die Bauern der ganzen Umgebung zusammengerottet und verhinderten die Mannschaften an den Löscharbeiten. Jetzt holte der Landrat die Landgendarmerie, gegen die sich die Bauern zur Wehr setzten, wobei der Führer des Kommandos, der Polizeihauptmann, mit einem Rammbalken schwer verletzt wurde. Nach langem Handgemenge wurden 5 Bauern verhaftet. Inzwischen waren beide Gehöfte völlig eingeäschert.

Breslau, 17. April. (Eig. Bericht.)

Vor dem Erweiterten Schöffengericht fand eine Gerichtsverhandlung gegen einen Bauern aus dem Kreise Namslau in Schlesien statt. Der Bauer hatte im November vorigen Jahres, als ihm wegen rückständiger Steuern Zwangsvollstreckung angedroht werden sollte, gegenüber der Staatsgewalt sich „zur Wehr“ gesetzt. Aber der Bauer erschien nicht allein vor dem Gericht. Mit ihm kamen 200 andere Bauern des Kreises und erklärten sich mit ihm solidarisch. Sie zogen geschlossen zum Gerichtssaal, der dann, wie üblich, mit dem Gummiknüppel geräumt wurde.

Der Raubzug gegen die Dresdener

Entlarvte Demagogie der volksverräterischen SPD-Führer

Im Dresdner Haushaltplan, zu dem wir bereits die wesentlichsten, durch den Finanzbürgermeister SPD-Külz [illegible] Kürzungsvorschläge veröffentlichten, sind noch eine Reihe weiterer ungeheuerliche Verschlechterungen enthalten.

So wird im Kapitel Fürsorge, Konto 100, in den Aufwendungen für die Sozialrentnerfürsorge die Ausgabe gegen 1930 von 2 146 000 Mark auf 1 767 000 Mark gedrosselt. Das ist ein Abbau von rund 379 000 Mark oder 17 Prozent! Hier wird der Abbau bereits offen zugegeben, denn ausdrücklich wird in der Anmerkung gesagt: „Weniger infolge Anrechnung aller Rentenbezüge.“ Diese Kürzung bedeutet Herabsetzung der Unterstützungen um 5—8 Mark im Monat. In demselben Konto sind die Ausgaben für die Kleinrentnerfürsorge gedrosselt von 2 341 827 Mark (rechnungsmäßiges Ergebnis des Jahres 1929) auf 2 182 000 Mark. Bei der Tuberkulosebekämpfung sind die Ausgaben gedrosselt von 300 000 Mark auf [illegible] Mark. Im Konto 115, Nr. 42, Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge betragen die Ausgaben 150 000 Mark und dieses Jahr sind eingesetzt nur 90 000 Mark! Bei der Gefährdetenfürsorge für Kleinkinder und Schulkinder sind die Ausgaben herabgesetzt von 505 000 Mark auf 455 000 Mark. Die Ausgaben für Schulkinderspeisung von 75 000 auf 60 000 Mark. Das sind nur einige Beispiele.

*

Demgegenüber sind geblieben für den Rathaussaal 65 000 Mark, für Polizei 7 000 000 Mark, [illegible] 1 000 000 Mark. Der [illegible] für die Reichswehr [illegible] 21 000 Mark und den Kapitalistenverbänden [illegible] 14 000 Mark.

Die Zuschüsse für den Großen Garten [illegible] von 15 000 auf 35 000 Mark erhöht!

Die Besoldung des Oberbürgermeisters ist gestiegen um 50 000 Mark. Sie beträgt 361 000 Mark gegenüber 1930 rund 275 000 Mark.

Dazu kommen als „Deckungsvorschläge“ die Erhöhung der Biersteuer um 300 Prozent, Kürzung des [illegible] um 6½ Millionen, Verdoppelung der Bürgersteuer.

Die Dresdner Volkszeitung von gestern windet sich in Krämpfen vor Verlogenheit, Heuchelei und Demagogie. [illegible] die Zustimmung der SPD-Fraktion [illegible] [illegible]

[illegible]